

Religiöse und ethnische Grenzen in der pakistanischen Politik der letzten sechs Jahrzehnte

von Georg Pfeffer

Die Fahne der indischen 'All India Muslim League' zeigte bekanntlich ein grünes Feld mit weißem Halbmond und Stern, also ein deutliches Bekenntnis zum Islam. Als nun im August 1947 das Dominion Pakistan geboren wurde, ließ der allmächtige Generalgouverneur Jinnah zusätzlich einen breiten weißen Streifen am linken Rand der neuen Staatsflagge markieren. Dieses weiße Feld sollte die nichtmuslimischen Staatsangehörigen repräsentieren. Nichtmuslime sollten in jeder Hinsicht ein Teil der neuen Nation werden. Jinnah setzte Zeichen. Er wollte ein scheinbares Paradox verwirklichen, einen säkularen Staat der muslimischen Nation. Dieses Vorhaben ist gescheitert.

Heute haben Muslime in Pakistan vielerlei Sonderrechte auf vielerlei Gebieten. Der 'High Court' von Lahore hat 1997 zum Beispiel entschieden, daß die Leiche einer muslimischen Frau nur von einer muslimischen Medizinalbeamtin obduziert werden darf. Männern generell und weiblichen Angehörigen anderer Religionen sei diese Aufgabe verboten, weil im Widerspruch zu den Prinzipien des Islam.

Das ist nur eine von zahllosen religiös gefärbten Verwaltungsregeln. Die Frage der religiösen Zugehörigkeit ist auch heute noch ein für die Öffentlichkeit zentraler politischer Tatbestand, obwohl sich etwa 98 Prozent der pakistanischen Bevölkerung als überzeugte Musli-

me verstehen.

Der Quaid-i-Azam, der "große Führer" Muhammad Ali Jinnah, hatte sicher nicht mit einer solchen Entwicklung gerechnet, und natürlich mag sie manchen von uns zu Protesten oder mindestens zu einem arroganten Lächeln hinreißen, aber die Religionsfrage ist nicht eine Kuriosität, sondern wichtiger Streitpunkt in der "politischen Kultur" dieses großen Landes, auch wenn heute nicht mehr, wie beim Tode Jinnahs 1948, etwa zehn Prozent aller Pakistani Hindus sind. Zur Debatte stehen ständige Widersprüche zwischen Glaubens- und Verwaltungspraxis, in einem durch selbstver-

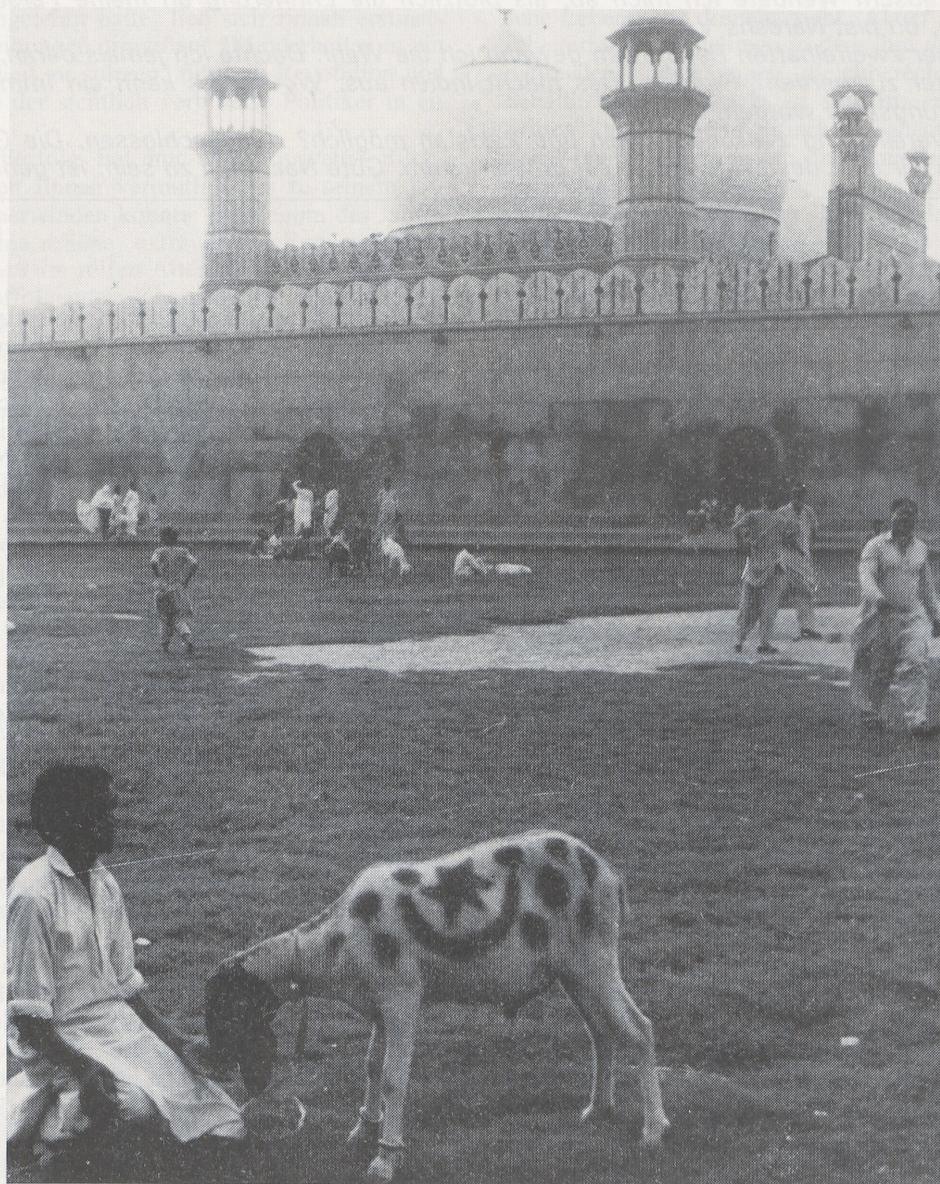
ständige Frömmigkeit geprägten Universum.

Dieser Glaubenseifer ist keine pakistanische Besonderheit. Überall auf dem Subkontinent und in der islamischen Welt sind Gebet und religiöses Opfer grundsätzliche existentielle Leitlinien. Wenn ich dies hier hervorhebe, so als Kritik an unserem eigenen bornierten Universalismus.

Viele im "Westen" gehen davon aus, daß Staat, Verwaltung, Demokratie, Geschlecht, und vor allem die Gleichheit eines jeden Individuums gewissermaßen vorgegebene oder universale Größen der öffentlichen Ordnung darstellen, und daß vor allem Religion eine Privatsache ist, die jedem nach seiner Fassung gestattet sein sollte.

Bei uns mag der eine Bundespräsident Kirchenführer sein, der andere Agnostiker, die öffentliche Grundordnung bleibt davon unberührt. Die klare Trennung von privater Religiosität und formaler Gesetzgebung erscheint uns als so selbstverständlich, daß sie nur selten diskutiert werden muß.

Aber auch unsere religiöse Grenzen gehen tatsächlich weit über das Private hinaus, und wenn wir etwa die sogenannten "alten Demokratien" näher betrachten, also die Schweiz, Großbritannien und die USA, so erfahren wir auch deutliche Unterschiede beim Umgang mit "Gender", oder den Geschlechterrollen, und bei der Frage der Staatsreligion und der po-



Wer regiert die Muslime? (Foto: 'Südasiensbüro')

litisch mobilisierten Religiösität der Massen. Der uns in Deutschland selbstverständlich gewordene öffentliche Agnostizismus ist also keinesfalls universale Vorgabe oder Wert an sich, sondern genauso kulturbedingt wie die pakistanische Frömmigkeit. Mein kultureller Relativismus, also die fachliche Doktrin der Ethnologie, soll im Folgenden an der Stelle des üblichen Universalismus die Überlegungen regieren.

Ethnische Bindungen

Das gilt auch für den anderen Aspekt meines Themas, die ethnischen Grenzen. Die Begriffe Ethnos oder Ethnizität führen schnell in eine trügerische Vorstellungswelt, die ich vielleicht am besten durch ein Ereignis aus dem November 1991 illustrieren kann: Der Vater einer vierzigjährigen Frau rief die Medienvertreter zusammen und verlangte Gerechtigkeit. Seine Tochter war in ihrem Haus in Karachi, also in ihren eigenen vier Wänden, von einem Polizeitrupp überfallen und eine Nacht lang vergewaltigt worden. So etwas passiert öfter in Pakistan, ohne daß die Medien darüber berichten, aber zwei Aspekte wichen von dem üblichen Muster ab.

Zum einen war das Opfer aus gutem Hause. Sein Vater, Shaukat Hayat, gehört zu den Angesehenen des Landes und der Großvater, Sir Sikander Hayat, war von 1937 bis 1942 'Chief Minister' des Punjab gewesen. Die Frau selbst war eine Freundin Benazir Bhuttos, und das hieß, daß die polizeilichen Vergewaltiger im Auftrag und mit Rückendeckung der damals regierenden politischen Gegenpartei handelten.

Zum anderen vertuschte der Vater des Opfers diesen Vorfall nicht wie üblich, und er brachte auch weder seine Tochter noch sich selbst um, unterließ also die beiden allgemein geforderten Verhaltensweisen, und bedrohte statt dessen die Staatsführer ganz persönlich. Wenn das Gesetz die Schuldigen und ihre Hintermänner nicht bestrafe, so die Botschaft, würde sein Stamm für Gerechtigkeit sorgen.

Shaukat Hayat versammelte für das Fernsehen alle Würdenträger seines kleinen 'Khattar'-Stammes aus Wah im Nordpunjab, und da die 'Khattar' irgendwo mit den vielzähligen 'Awan' der Potohar-Region verbrüdet sind, kamen auch würdige ältere Männer dieser ethnischen Kategorie, um über die Presse Blutrache anzukündigen. Mein Schulkamarad Kamal Hayat, ein Bruder der Geschändeten, sagte voller Selbstironie: "I'll put on my war paint". Der gelernte Bankkaufmann wollte wie ein Indianer seine "Kriegsbemalung" anlegen. Die Ironie zeigte seine Distanz zum

tatsächlichen Gewohnheitsrecht.

Die Drohung der Hayats galt dem Innenminister Marwat, der wiederum Schwiegersohn von Staatspräsident Ghulam Ishaq Khan war. Beide sollten als 'Marwat-Pakhtunen' aus Bannu die Drohung der 'Khattar' im Rahmen ethnischer Kategorien verstehen, aber tatsächlich haben die 'Bannuchi' diese Kategorien immer vernachlässigt.

In diesem Fall zeigte das Medienergebnis kaum Wirkung. Innenminister Marwat trat nach einigen Monaten stillschweigend aus der Regierung des Bundesstaates Sindh aus und verlegte seinen Wohnsitz nach Großbritannien. Weder die 'Khattar' noch die befreundeten 'Awan' machten sich an das ausgelobte Werk, wohl weil die betroffene Familie nie zuvor mit Gewalttätigkeit in Verbindung gebracht und in der Praxis des Tötens völlig ungeübt war. Angesichts der offensichtlichen Rechtlosigkeit war der Bildungsbürger Shaukat Hayat wohl nur rein theoretisch auf diese "ethnologische" Möglichkeit gestoßen. Vielleicht hatte er in britischen 'District Gazetteers' über Blutrache der Stämme gelesen.

Das traditionale Haupt der 'Awan', der Nawab von Kalabagh, war dagegen ein Mann der Praxis. Zwischen 1960 und 1966 regierte er als Gouverneur von Westpakistan die Provinz mit eiserner Hand, also mit Folter und Vertreibung, bis ihn sein Sohn erschoss, weil der Vater auch im eigenen Hause recht streng aufgetreten war. Der Alte hatte also persönliche Qualitäten für das Amt, aber Präsident Ayub hatte ihn sicher auch wegen seiner ethnischen Position eingesetzt, und sein Sohn, der neue Nawab, mußte aus den gleichen Gründen nach dem unglücklichen Vorfall nur zwei Jahre lang nach Großbritannien und nicht in die Haft oder an den Galgen wie andere Vatermörder.

Ethnische Erwägungen spielen in der pakistanischen Politik ständig eine gewichtige Rolle, aber sicher nicht im Sinne der gebildeten Hayat-Familie, die gerade wegen dieser Bildung bei den 'Khattar' höchsten Respekt genießt. Die sogenannten primordialen Loyalitäten und Gegensätze sind in Pakistan stillschweigend Voraussetzung und Ratio vieler politischer Entscheidungen, aber dann auch regelmäßig mit anderen Interessen verknüpft, die sich auf prosaische Dinge wie Macht und Geld beziehen. Wenn ein Wert in der pakistanischen Politik oder in der Gesellschaft ganz allgemein zählt, so ist es der der Wettbewerbsfähigkeit. Diese umfassende Tüchtigkeit bezieht sich aber nicht nur auf ein Individuum oder eine Firma, sondern genauso auf die Familie, auf die 'biraderi', oder Brüderschaft vor Ort, auf Klan, Kaste oder Stamm und jene

regional erkannte Kategorie wie 'Sindhi', 'Beluchi' oder 'Pakhtun', die wir hier Ethnos nennen können. Natürlich bezieht sich dieser Wert auch auf den Staat, aber vielleicht nicht in erster Linie oder nur im internationalen Kontext auf den Staat.

Die bengalische Katastrophe in Ostpakistan

Die gravierende ethnische Grenze im jungen Staat Pakistan war die zwischen den dominierenden 'Punjabi' und 'Mohajir' (Übersiedlern) einerseits und den dominierten 'Bengali' andererseits. Präsident Yahya Khan, ein schiitischer 'Pakhtune' und ein auf militärische Lösungen beschränkter Kopf, setzte zum 25. März 1971 seine Punjabi Soldaten gegen die bengalische Zivilbevölkerung ein. Die Armee des Landes ging nicht nur gezielt gegen Übeltäter, sondern ganz allgemein oder diffus 267 Tage lang gegen die Bevölkerung von Ostpakistan vor, so daß manche Beobachter von Genozid sprachen, andere von einer Lage, in der hochgerüstete Soldaten im Auftrag ihrer Vorgesetzten beliebig und sporadisch vergewaltigten und mordeten.

Die Armee verging sich an den unterworfenen Bengalen, bis die indischen Truppen im Dezember 1971 eingriffen und innerhalb von 14 Tagen Bangladesh befreiten. Damit gab es diese ethnische Grenze nicht mehr, weil es Ostpakistan nicht mehr gab.

Die bengalische Katastrophe ging aber keinesfall nur auf eine Verschwörung eines regierenden Generals und eines in Westpakistan gewählten Parteiführers zurück, sondern sie hatte sich seit 1947 angebahnt als eine Art Geburtsfehler des Landes.

Die "Lahore Resolution" der 'Muslim League', die in der Geschichte "Pakistan Resolution" heißt, obwohl dieser Name damals keinesfalls verwendet wurde, diese Grundsatzentscheidung der Partei hatte 1940 wörtlich "independent states" oder unabhängige Staaten für die muslimisch dominierten Regionen des Subkontinents gefordert und die ostbengalische Politik hat sich immer auf den Plural dieser Passage berufen.

Die Bengalen stellten die Mehrheit im Staate Pakistan aber schon bald wurde erkennbar, daß sie von der Zentralregierung wie eine Minderheit behandelt werden sollten. Während die westpakistanischen Politiker als städtische Großbürger oder - häufiger noch - als ländliche Großgrundbesitzer in einer Kasten- und Stammesgesellschaft auftraten, hatten die ostbengalischen Grundherren und Schriftgelehrten 1947 ihre Heimat verlassen, weil sie fast ausnahmslos zu den Kategorien der 'Rarhi' und 'Barendra'-Brahmanen

(Hindus, d.Red.) gehörten und deshalb mit Pakistan nichts im Sinn haben konnten.

Die überwältigende Mehrheit der ostbengalischen Muslime gehört den niedrigsten Kasten an, so daß der traditionale Status für sie kein Thema ist, während in der westpakistanischen Politik Status in vielen tragischen oder auch komischen Varianten immer wieder als Motiv erkennbar wird. Man denke nur daran, wie der sich sozialistisch gebende Großgrundbesitzer Zulfikar Ali Bhutto 1967 den Armeechef Musa Khan verspottete, weil dieser aus der verachteten ethnischen Kategorie der 'Hazara' stammte, als Stiefelknecht seines Offiziers angefangen hatte und deshalb nicht wie Bhutto die Eliteuniversitäten der angelsächsischen Welt besuchen konnte.

Die große Mehrheit der Bengalen gehörte zum ländlichen oder städtischen Proletariat und sympathisierte deshalb auch mit dem studentischen Aufbruch im Februar 1952, als es formal um die Staatssprache ging. Die Polizei erschoss dabei einen Studenten, die bengalische 'Muslim League' zerstritt sich in der Folge und Generalgouverneur Ghulam Mohamad, ein Ministerialbeamter aus dem Westen, entließ den bengalischen Premier des Landes, um in der Provinz 1954 Neuwahlen auszuschreiben. Die brachten veränderte Machtverhältnisse, weil mit der 'Awami League' die bengalischen Nationalisten die Mehrheit er-

hielten und ihr Führer, H.S. Suhrawardy, zumindest zeitweise zum neuen Premier Pakistans ernannt werden mußte. Seine Regierung zerbrach dann an außenpolitischen Differenzen. Suhrawardy verband Pakistan mit CENTO und SEATO, also zwei militärischen Bündnissen der USA, während sein interner Gegenspieler Maulana Bhashani sicher von China unterstützt wurde. Ich erwähne daß auch, weil hier ein prominenter Sufi oder Gnostiker die Sache Amerikas vertrat und ein ebenso prominenter puritanischer Gelehrter des Islam die Lehre Maos inhaltlich verteidigte. Bhashani war auch 15 Jahre später noch aktiv, als die Revolution der Massen das Regime des Feldmarschalls Ayub Khan 1969 aus den Angeln hob und dessen Nachfolger General Yahya Khan zunächst zu freien Wahlen veranlaßte, und danach - weil der Ausgang nicht genehm war - die Kampagne gegen die bengalische Zivilbevölkerung und den Krieg gegen Indien bewirkte.

Der unabhängige Staat der muslimischen Bengalen war also bereits bei der "Lahore Resolution" 1940 Gegenstand von Debatten gewesen. Er wurde unausweichlich, nachdem die westpakistanischen Ministerialbeamten und Militärs seit 1947 Ostbengalen de facto in ihre Kolonie verwandelt hatten. Die religiöse Grenze gegenüber den Hindus des Subkontinents reichte nicht aus, die gegebenen ethnischen Grenzen überflüssig zu

machen.

Religionspolitik

Das religiöse Kriterium verwirrt uns vielleicht nur, wenn wir unsere eigenen universalistischen Konzepte beibehalten. Jinnah hat zu recht eine ganz andere Interpretation geliefert. Am 22. März 1940 sagte er in seiner wichtigsten Parteitagsrede von Lahore wörtlich: "Islam and Hinduism ... are not religions in the strict sense of the word, but are in fact different and distinct social orders". Pakistan, die Nation der Muslime, sollte sich deshalb nicht durch religiöse Dogmen von Indien abheben, sondern durch die ihr vorgegebene muslimische Gesellschaftsordnung.

Bekanntlich war Jinnah selbst kein Frömmling, sondern ein konservativer Großbürger aus Bombay, der nur die englische Sprache beherrschte und sich auch ganz persönlich an viele Nichtmuslime gebunden hatte. Aber dieser tolerante Mann von Welt ist sicher für fürchterliche Blutvergießen zwischen Hindus und Muslimen verantwortlich, also für Exzesse, die die Jahre vor und nach der Unabhängigkeit jeder geordneten politischen Auseinandersetzung entzogen.

Als die 'Muslim League' 1946 nicht allein die muslimischen Mitglieder der Interim-Regierung bestimmen durfte, weil es auch im Indischen Nationalen Kongreß eine beachtliche muslimische Fraktion gab, erklärte Jinnah den 16. August 1946 zum "Direct Action Day". Überall gingen Muslime im Protest gegen ein Mehrheitsregime der Hindus an die Öffentlichkeit, so daß die ersten großen Mordbrennereien fast zwangsläufige Folge waren, und entsprechende Kettenreaktionen in den folgenden Jahren auslösten (natürlich hat Jinnah diese Exzesse nicht angeordnet oder gutgeheißen, denn er hatte keinerlei Beziehung zur "Politik der Straße". Aber wie M.K. Gandhi den Wandel vom gewaltfreien Widerstand zu Gewaltexzessen hätte antizipieren müssen, so war dem Führer der 'Muslim League' die übliche Reaktion der Massen nicht unbekannt).

Religion legt seit dem "Direct Action Day" fest, wer wen existentiell bedroht. Bekanntlich wurden Hunderttausende bei der Teilung des Subkontinents massakriert, und bekanntlich weigern sich die Historiker in Pakistan und Indien bis heute, dieses dunkle Kapitel wissenschaftlich zu erhellen.

"Wer repräsentiert die Muslime des Subkontinents?", hieß die Ausgangsfrage.

Scheinbar war sie leicht zu beantworten, denn seit 1909 genossen Muslime "separate electorates", d.h. eigenständige aktive und passive Wahlrechte. Mit



Ende der Vorherrschaft Westpakistans über Ostpakistan. Die Gründung des Staates Bangladesh wird mit indischer Unterstützung besiegelt. Lt. Gen. A.A.K. Niazi, pakistanischer Oberkommandierender, Eastern Command (rechts) und Lt. Gen. J.S. Aurora von der indischen Armee bei der Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde (Foto: 'Hindu Photo Library')

der Autonomie der Provinzen 1936 war das ein Anteil an der Macht in der Proportion des Bevölkerungsanteils, so daß die Wahlen 1937, also genau zehn Jahre vor der Unabhängigkeit, Aufschluß über die Repräsentanten der größten indischen Minderheit geben mußten. Die Ergebnisse waren ziemlich klar: Von den 485 für Muslime reservierten Sitzen gewann die Muslim League ganze 109, und diese wiederum in erster Linie in den 'United Provinces' der Gangesebene, wo die Hindus mit etwa 75 Prozent der Bevölkerung die Mehrheit stellten.

Die Ergebnisse in jenen Provinzen, die heute die Islamische Republik Pakistan ausmachen, sahen anders aus: Im Punjab gewann die 'League' zwei Sitze von den 86 für Muslime reservierten, im Sindh und in der Northwest Frontier Province, wo 36 Sitze reserviert waren, gelang der 'Muslim League' kein einziger Erfolg.

Bei den Wahlen neun Jahre später hatte sich die Stimmung stark verändert. Wie immer und überall auf der Welt hatten die Menschen grundsätzlich Angst vor den sich abzeichnenden existentiellen Veränderungen und suchten deshalb Halt bei den vertrauten Chiffren, also bei klaren, einfachen Aussagen. Jinnah hatte die geliefert: "Auch wenn der Kandidat der 'Muslim League' ein Laternenpfahl sein sollte, muß er gewählt werden!", ließ er verlauten, und die 'League' konnte deshalb alle muslimischen Sitze für die zentrale Legislative gewinnen, aber nur in Bengalen und im Sindh eine Provinzregierung stellen. Im Punjab dagegen regierte eine Koalition der Großgrundbesitzer aller Religionen und in der Grenzprovinz der 'Congress', weil er die paktunischen 'Khudai Khidmatgar', die Gottesdiener um Abdul Ghaffar Khan und seinen Bruder Dr. Khan Sahib aufgenommen hatte. Trotzdem stimmte die Bevölkerung dieser Provinz beim Referendum für den neuen Staat Pakistan mit seiner 'Muslim League'-Führung, deshalb setzte Jinnah die gewählte Kongreßregierung sofort nach der Unabhängigkeit ab.

Wer repräsentiert nun die Muslime des Landes?

Obwohl die meisten Mullahs für Pakistan gepredigt hatten, waren einige Gegner der Bewegung, weil sie das ganze Indien und die ganze Welt den Gesetzen von Koran und Sunnah unterwerfen wollten. Alle pakistanischen Führer wollten an die jahrhundertlange muslimische Herrschaft in Indien anknüpfen, aber einige der Mullahs waren gegen Pakistan, so wie besonders orthodoxe Juden gegen den Staat Israel waren und sind. Der Anführer dieser heute wohl Fundamentalisten genannten Sektion, Maulana Maudoodi, zögerte auch nicht, Jinnah ganz persönlich als Kafir, d.h. Heide, zu diffamieren.

Seine 'Jamaat-i-Islami' ging mit dem gleichen Impetus gegen die Sekte der Ahmadi vor, also etwa 200.000 meist gebildete und wohlhabende Anhänger eines 'Punjabi'-Reformators des 19. Jahrhunderts. Dieser Mirza Ghulam Ahmad (1835-1908) galt in der Sekte vielleicht als so etwas wie ein Prophet, bekanntlich ist die Terminologie immer strittig, aber dieser Anspruch provozierte die Puritaner, weil er gegen die Doktrin von der Endgültigkeit und Perfektion jener Botschaft zu verstoßen schien, die durch den Mund des Propheten Mohammad offenbart worden war. In jedem Fall erreichten die Ausschreitungen gegen die Ahmadi im März 1953 ihren ersten traurigen Höhepunkt und dabei folgten auch die Politiker sehr bald der Propaganda von Plünderern und Mordbrennern.

Aber die Armee und die Ministerialbeamten duldeten keine Unordnung, riefen einen Monat lang das Kriegsrecht aus und machten damit zunächst dem Spuk ein Ende. Oberkommandierender und Verteidigungsminister war der paktunische General Ayub Khan, und dieser Mann genoß beträchtlichen Einfluß. Von 1951 bis 1958 hatte Indien sieben Oberkommandierende und einen Premierminister, Pakistan dagegen sieben Premierminister und einen "Commander-in-Chief", der schließlich putschte, die Parteien verbot und eine "Islamic Ideology" entwarf, die autoritäre und patonisierende aber in der Religion ziemlich großzügige Aspekte enthielt. Ayub bedachte den jetzt "Islamische Republik" genannten Staat mit einem christlichen Oberrichter, und neben diesem Justice Cornelius war ausgerechnet ein Ahmadi, nämlich Manzur Qadir, zunächst Außen- und dann Justizminister, also zuständig für die neue Verfassung von 1962, die statt direkter Wahlen eine sogenannte Graswurzel-Demokratie vorsah.

Das Parteienverbot löste auch tatsächlich die bekannten großen und schlecht organisierten Parteien auf, aber die 'Jamaat-i-Islami', nach bolschewistischem Modell organisiert und von den USA finanziell unterstützt, agierte im Untergrund weiter, obwohl Maudoodi in Haft kam. Hinter Gittern blieben auch die paktunischen Führer aus Kongreßzeiten, etliche Sardar oder Fürsten der 'Beluchen' und der seit langem einsitzende G.M. Seyed von den Nationalisten des Sindh, der dort seit den frühen vierziger Jahren eine bedeutende politische Größe war. 1968, als Ayub seine "Dekade des Fortschritts" feierte, führte eine regelrechte Revolution zur Befreiung der Oppositionsführer und den ersten freien und allgemeinen Wahlen des Landes im Jahre 1970. "Wer repräsentiert die Muslime?" blieb die Frage im Lande.

Die 'Jamaat-i-Islami' schnitt 1970 und bei allen anderen Wahlen schlecht ab, weil sie nur einen kleinen Teil der städtischen Kleinbürger repräsentiert. Aber sie setzte Zeichen für andere Kräfte.

Um Bhutto, den westpakistanischen Wahlsieger von 1970, stürzen zu können, organisierte die 'Jamaat' seit 1973 erneut die Anti-Ahmadi-Kampagne, der sich natürlich auch die 'Muslim League' und die meisten anderen Oppositionsparteien anschlossen, weil eine angebliche Beleidigung des Propheten immer schon sicheres Rezept für den Aufruhr der Massen war. Bhutto aber nahm ihnen den Wind aus den Segeln, weil seine Regierung die Ahmadi 1975 zu Nichtmuslimen und damit Quasi-Rechtlosen degradierte. Seine Polizei ließ die Plünderer und Mordbrenner gewähren, so daß der Exodus der überlebenden Ahmadi einsetzte. Wer repräsentiert die Muslime?

Moderne Pakistani gehen davon aus, daß neben Koran und Sunnah eine verfassungsgemäße Rechtsprechung und Gesetzgebung erfolgen können mit Hilfe der religiös vorgegebenen Instrumente von 'Ijima', oder Konsensus, und 'Ijtihad', oder dem Urteil der Gemeinde der Gläubigen, so daß Legislative und Jurisdiktion des modernen Staates durchaus auf religiösen Fundamenten ruhen.

Die 'Jamaat' will dagegen Konsensus und Urteilsfähigkeit nur jenen zubilligen, die sich durch Ausbildung und Lebensweise als glaubensstark erwiesen haben. Dies war wohl auch die Position von General Zia-ul Haq, der 1977 putschte, um das Land zu islamisieren. Maulana Maudoodi sah im Wirken des Generals endlich die Ankunft seines islamischen Staates auf Erden, aber nach Maudoodis Tod 1979 fiel auch die 'Jamaat' bei Zia-ul Haq in Ungnade.

Anders als Ayub Khan hatte der neue Putschist die Parteien nicht verboten. Er ermutigte sogar Neugründungen. In seiner Zeit gewannen auch die 'Sipah-e-Mohammad Pakistan' (SMP) sowie die 'Anjuman Sipah-e-Sahaba Pakistan' (ASSP) Substanz und Aufsehen, also die schiitische bzw. sunnitische Kampftruppe. Zias Islamisierung brachte also die Konfessionen stärker als je zuvor gegeneinander auf, sie brachte das Bankwesen gründlich durcheinander und sorgte ferner durch neue Gesetze gegen Blasphemie für ein handliches Instrument aller Denunzianten.

Es versteht sich von selbst, daß diese religiösen Regelungen auch nach Zias gewaltsamen Tod 1988 nicht mehr abschaffbar sind. Niemand wagt es, sie anzurühren, und selbst die sonst mutige Presse schreibt nicht gern über die bombenwerfenden Schia- und Sunni-Kampftruppen. Die offiziellen Minderheiten des Landes, die Christen im Punjab und

die Hindus im Sindh, hatten schon immer den niedrigsten Status im Lande und sind jetzt regelmäßig Lebensgefahren ausgesetzt, wie zahllose Blasphemieprozesse beweisen (fast alle punjabischen Christen Pakistans gehören zur Kaste der Kehrer, die früher als "unberührbar" galt und deshalb auch von Muslimen gemieden und verachtet wird. Hindus im Sindh sind heute meist Tagelöhner in den ländlichen Gebieten).

Aber auch die Muslime selbst, die keine Kirche im christlichen Sinne, sondern nur vielerlei lokale Gemeinden und Prediger kennen, laufen immer wieder Gefahr, von den jeweils konkurrierenden Kanzelrednern als Ketzer denunziert zu werden, zum Beispiel wenn Grund und Boden in guter Lage im Spiel sind. Die Bombenanschläge von schiitischen und sunnitischen Terroreinheiten schließlich töten heute mehr Unbeteiligte als je zuvor. Oft sind sie - wie bei den Stammesfehden im Kurram-Tal der Northwest Frontier Province - ein Zeichen für Machtkämpfe um die besten Böden.

Jinnahs Vision eines säkularen Staates Pakistan mit einer muslimischen Gesellschaftsordnung ist also nicht verwirklicht worden. Die religiösen Eiferer selbst sind eine verschwindend kleine Minderheit, die nirgendwo Wahlen gewinnt, aber die Politiker der meisten Parteien distanzieren sich nicht deutlich, weil die Fanatiker immer wieder jene Massen zum Aufruhr mobilisieren können, die ohne Arbeit und Wohnung, ohne Trinkwasser und tägliches Brot ihre Existenz fristen müssen. Dieses Potential benötigt bestimmte Chiffren, um der Automatik der Mordbrennerei zu verfallen.

Formal sind die Wirtschafts- und die Rechtsordnung des Landes heute "islamisiert", obwohl sie tatsächlich nach wie vor auf der Kolonialverwaltung British-Indiens basieren. Neben dieser formalen Islamisierung muß aber noch eine effektive und höchst persönliche Religiosität Beachtung finden, nämlich die spirituelle Betreuung der politischen Führer durch Gnostiker oder besondere "Freunde des Propheten", die informell beträchtlichen Einfluß ausüben. Wir erleben sie nicht nur an den bekanntesten und beliebten Heiligenschreinen, sondern vor allem auch im häuslichen oder familiären Umgang. Natürlich sind diese 'Pire' den puritanischen Wahabi ein Dorn im Auge und Anlaß für eine ausgefeilte Rhetorik des Hasses, aber auch die Puritaner selbst treten gern als persönliche Berater der Mächtigen auf, wenn sie sich auch kaum auf mystische Visionen und stärker auf Analogien zur Frühzeit des Islam beziehen. Wie in der indischen Politik, so ist also auch in der pakistanischen der informelle Einfluß der spirituellen Berater von weitreichender Bedeutung.

Zu Beginn des Jahrhunderts, formal im Jahre 1906, besann sich die muslimische Führung des Subkontinents auf eine eigene politische Plattform, die sich in der ersten Hälfte des Jahrhunderts durch den Gegensatz zur Hindu-Mehrheit des Landes legitimierte und letztlich einen eigenen Staat ohne Hindus errichten konnte. In diesem Rahmen wurde in den folgenden fünf Jahrzehnten zunächst den Ahmadi und später den jeweils mißliebigen Sekten und Konfessionen im politischen Kontext der rechte Glaube abgesprochen, so daß heute die Terroranschläge auf die Minderheit der Schiiten oder die Mehrheit der Sunniten das größte politische Problem des Landes ausmachen. Aber auch innerhalb dieser Kategorien tobt der Konkurrenzkampf, zum Beispiel wenn sich die sunnitische Deobandi Schule durch die Partei 'Jamaat-e-Ulema-e-Islam' (JUI) und die ebenso sunnitische Barelwi Schule durch die 'Jamaat-e-Ulema Pakistan' (JUP) vertreten läßt, die wiederum jeweils intern in gegnerische Fraktionen gespalten sind. Tatsächlich werden nicht mehr die Muslime, sondern nur noch die situationsabhängig so genannten "wirklichen Muslime" repräsentiert.

Ethnische Politik

Die ethnischen Grenzen in der pakistanischen Politik sind sicher einfacher zu vermitteln. Im ersten Jahrzehnt konnten die Flüchtlinge aus Indien, die 'Mohajir', gemeinsam mit den Militärs aus dem Punjab das Land beherrschen. Diese Militärs, geführt von punjabisierten 'Pakhtunen', bestimmten die Geschichte im zweiten Jahrzehnt, während im dritten generell die "sons of the soil" auf Kosten der 'Mohajir' zur Geltung kamen. Im vierten konnte dann, dank des Afghanistankrieges, eine bis heute anhaltende Koalition aus 'Punjabi' und 'Pakhtunen' die anderen Ethnien dauerhaft auf die hinteren Ränge der Macht verweisen.

Diese grobe Übersicht muß selbstverständlich aufgelöst werden. Wenn wir die bengalische Frage beiseite lassen, regieren in Westpakistan und in der Zentrale zunächst all jene, die bei der Panikwahl 1946 für die 'Muslim League' Pakistan schaffen sollten, und das sind vor allem die Großgrundbesitzer aus der Gangesebene und dem Punjab. Bis zur Verabschiedung einer Verfassung bilden sie die Legislative, und die Verfassung kann erst 1956, also neun Jahre nach der Staatsgründung, von Chaudhry Mohammed Ali durchgepeitscht werden. Dieser versteht sich, wie später General Zia, als Führer der kleinbäuerlichen 'Arain'-Kaste, der mitgliederstärksten im Punjab, die ihre Größe endlich bei einer Wahl ausspielen will. Aber die

Staatspräsidenten verzögern echte Wahlen bis 1970.

Bei der Unabhängigkeit 1947 fehlt es dem neuen Staat an vielem, insbesondere aber an einer normalen Verwaltung. So werden die gebildete Städter, die aus Indien geflüchtet sind, in erster Linie die Beamten in der neuen Heimat, also das Rückgrat des Staates. Hindus und Sikhs haben sehr viel mehr Ländereien und Läden in Pakistan gelassen als Muslime in Indien, so daß die Verteilung dieser Hinterlassenschaft der erste große, niemals aufgeklärte Korruptionskandal des neuen Staates wird, vergleichbar nur mit der Selbstbedienung, die führende Politiker des letzten Jahrzehnts ("loan defaulters") bei den verstaatlichten Banken praktizierten.

'Pakhtunen', 'Punjabi', 'Belutschen' und 'Sindhi' gehörten niemals zur Bildungselite des Subkontinents, die 'Mohajir' (Übersiedler) aber sehr wohl, und diese eher modernistische oder liberale Sektion der Bevölkerung muß jetzt mit dem Widerspruch leben, durch die höchst illiberale Blockade der Legislative die Demokratie zu verhindern. Die Abgeordneten waren in Indien, in der Gangesebene, gewählt worden und hatten als neue Minderheit keine Chance, im Sindh oder im Punjab in diesem Umfang wiedergewählt zu werden, also verhinderten sie und ihre beamteten Landsleute Wahlen, also verhinderten sie ein neues Grundgesetz oder seine Anwendung.

Bestimmende Persönlichkeiten können jetzt quasi beispielhaft vorgestellt werden: Nachdem Jinnahs Adjutant und Nachfolger, der integre Aristokrat Liaquat Ali Khan 1951 in Rawalpindi ermordet worden war, fiel die Macht an Ghulam Mohammed als Generalgouverneur und dessen Nachfolger Iskander Mirza als Präsident. Beide waren Ministerialbeamte, und beide führten in den fünfziger Jahren vor, was 1988, 1990, 1993 und 1997 unter dem Stichwort "Achter Verfassungszusatz" (Art. 58,2) die wichtigsten Konflikte des letzten Jahrzehnts bestimmte, die Konkurrenz zwischen Staats- und Regierungschef. Beide entließen immer wieder unbotmäßige Premierminister und lösten schließlich auch die Nationalversammlung auf. Sie waren, genauso wie der kürzlich pensionierte Präsident Ghulam Ishaq Khan, Beamte, die mit Rückendeckung der Armee die Politiker in ihre Schranken verwiesen. Rein administrativ waren sie Zia-ul-Haq Vorbilder.

Mirzas Karriere ist bezeichnend für das Land. Als Moghul-Aristokrat in Bengalen geboren, hatte er den Briten als "Political Agent" in Peshawar gedient und war pakistanischer Staatssekretär für Inneres. Ghulam Mohammad ernannte ihn nach den bengalischen Ausschreitungen

gen 1953 zum Gouverneur in Dhaka und zwei Jahre später zum pakistanischen Innenminister, bevor Mirza selbst 1956 der erste Staatspräsident wurde. Er war quasi die Garantie der 'Mohajir' für die Verhinderung der Verfassung. Zwei Jahre lang konnte er - wie wir sagen würden - "auf Zeit spielen", aber als 1958 der "Deputy Speaker" des bengalischen Parlaments im Hohen Hause selbst tot geschlagen wurde, rief Iskander Mirza das Kriegerrecht aus. Sein vermeintliches Instrument, der General Ayub Khan, setzte ihn dann in ein Flugzeug nach London und übernahm selbst die Macht für das nächste Jahrzehnt.

Diese Episode zeigt die autoritäre, demokratiefeindliche Verbindung von Verwaltung und Militär. Natürlich sind auch die Politiker autoritär, aber sie müssen im Wettbewerb dem Wahlvolk nahekommen, also auch andere Qualitäten vorweisen.

Wer Abgeordneter werden will, muß zunächst mit viel Geld für die Parteiführer ein "Ticket", eine Nominierung, in einem aussichtsreichen Wahlkreis erringen. Sodann muß er die 'Gunda', die Kraftmeier dieses Wahlkreises, mit viel Geld veranlassen, die Kraftmeier der Gegenseite und das Wahlvolk einzuschüchtern und letzteres mit Fahrzeugen an die Wahlurnen zu transportieren.

Einmal gewählt, gewinnt er mit viel Geld für die Parteiführung einen einflußreichen Posten, von dem aus er dann endlich ernten, d.h. seinerseits viel Geld aus der Wirtschaft einfahren kann, die wiederum ihre Ausgaben auf die Preise umlegt. Aber vielleicht ist die Parteiführung auch gespalten, und unser Abgeordneter kann viel Geld verdienen, wenn er mit dem Parteiführer X in die Gegenpartei wechselt, oder dem Y der eigenen die Treue bewahrt. Neben diesen friedlichen bleiben noch die weniger friedlichen Methoden der privaten Truppen und der Sonderkommandos mancher Innenminister, von denen anfangs (s.o.) die Rede war.

Die Parteiführer müssen also wohlhabend sein, um noch wohlhabender zu werden. Im Punjab hatten zunächst die Grundherrschaften aus Lahore und dem Westen der Provinz das Sagen, also die 'Turki Qizlbash', die 'Rajput Noon' und 'Tiwana', die 'Sayed Gilani' und 'Gardezi' sowie die 'Leghari', die 'Beluchen Sardar' aus Dera Ghazi Khan, die noch heute den Staatspräsidenten stellen. Diese bekannten Würdenträger sind, wenn man genau hinsieht, Gefolgsleute der Briten, die erst Ende des 19. Jahrhunderts ihr Land in den neuen Kanalcolonien erhielten, während ihre Gegenspieler sehr viel längere Stammesbäume

haben. Die Rivalen sind die 'Daultana' aus der Sulej-Region, also 'Joiya' (Klan) 'Rajput' (Kaste), verwandt mit den 'Qureshi' aus Sargodha, die beide seit langem mit den einflußreichen 'Lalekha' aus Bahawalpur, und den 'Talpur' aus dem Sindh verbündet sind. Aus dem Sindh kommen auch die politischen Gnostiker, die 'Pirzada' und der Pir Pagara, Oberhaupt des 'Hur'-Stammes, während aus der Grenzprovinz der Nawab von Hoti zu ihnen zu rechnen ist. Aber zwischen den und innerhalb der Blöcke(n) kommt es regelmäßig zu segmentären Brüchen und Frontenwechseln.

Ayub Khan verbündete sich mit dem Wali von Swat, der heute wieder Gouverneur von Beluchistan geworden ist, und Ayub stützte sich auch auf den jungen Zulfikar Ali Bhutto, der, einmal an der Macht, im Punjab die Dynastie von Ghulam Mustafa Khar für sich gewann und im Sindh immer schon mit den 'Pirzada' verbandelt war. Auch Benazir Bhutto hatte später aus den beiden Lagern Anhänger, so auch die 'Wattoo Rajput' aus der zentralen Manjha Region, die als 'Muslim League'-Leute 1993 in das Bhutto-Lager wechselten, den 'Chief Minister' der Provinz stellten und dann zu mächtig und deshalb aus der Regierung verbannt wurden.

Sieht man von der Kaderpartei 'Jamaat-i-Islami' ab, so vertreten die meisten anderen mehr oder weniger deutlich die oben erwähnten materiellen Interessen, aber darüber hinaus auch grundsätzliche Ideale, die sich allerdings bei den Grundherrschaften des Sindh und des Punjab schwerer ausmachen lassen. In der Grenzprovinz hält die Partei der Khanbrüder seit vielen Jahrzehnten die Loyalität der Stämme von Mardan und Charsaddha, weil sie sich der Sache der Pakhtunen verschrieben hat. Sohn Wali oder die Schwiegertochter Ghaffar Khans sind die Führer der 'Na-



Hunderttausende wurden bei der Teilung des Subkontinents massakriert, und bekanntlich weigern sich die Historiker in Pakistan und Indien bis heute, dieses dunkle Kapitel wissenschaftlich zu erhellen

tional Awami Party', die zeitweise - nach dem Verbot der NAP unter Zulfikar Ali Bhutto - 'National Democratic Party' hieß und heute als 'Awami National Party' registriert ist. Langfristige Inhaftierungen dieser Führungsfiguren sind die üblichen Rückschläge, aber es kommt auch zu Spaltungen. So wechselte Wali Khans Vetter Sherpao 1974 in das Bhutto-Lager über, was ihm das Amt des 'Chief Minister' der NWFP aber ein Jahr später auch den Tod durch eine Kugel einbrachte.

Auch Walis einstiger Kampfgefährte und spätere Feind Abdul Qayum Khan wurde - mit seiner Fraktion der Muslim League - zur wichtigen Stütze Bhuttos, aber sein Verrat war nicht so verwerflich, weil er und seine Anhänger im Hazara Distrikt der Grenzprovinz nicht als 'Pakhtunen' gelten. Dabei war Qayum Khan vor der Gründung Pakistans ein militanter Anwalt für "Pakhtunistan" gewesen, also einen eigenen Staat aller indischen und afghanischen 'Pakhtunen', wie in seinem Werk namens "Gold & Guns" nachzulesen ist. In den siebziger Jahren errang er dann den wohl einmaligen Ruf, als Innenminister Pakistans sein eigenes Buch auf die Verbotsliste gesetzt zu haben.

Seit dem Afghanistankrieg ist allerdings auch die 'Awami National League' nicht mehr so begeistert von einem unabhängigen "Pakhtunistan" und hat sich gerade wegen der Entwicklung im nordwestlichen Nachbarland mit den 'Punjabi'-Parteien im Lande arrangiert.

In Beluchistan ist dafür offene Feindschaft zwischen 'Pakhtunen' und 'Beluchen' ausgebrochen. Eine besonders militante Partei ist die 'Pushtoonkhwa Milli Awami Party' (PMAP) von Mahmood Khan Achakzai, der einen der größten Stämme anführt. Sein Vater war enger Freund und Weggefährte Ghaffar Khans und wegen seiner Pakhtunistan-Begeisterung von der Unabhängigkeit bis 1968 in Haft, aber 1969 Opfer einer von Beluchen gefeuerten Kugel des eigenen Lagers, das damals noch 'Pakhtunen' und 'Beluchen' einschloß. Der Sohn lief deshalb - und nicht aus materiellen Erwägungen heraus - in das Lager Bhuttos über, um nach der zweiten Militärdiktatur die Sache der 'Pakhtunen' in Beluchistan zu vertreten. Seine Gegner heute sind die früheren Verbündeten, die Sardar aus dem 'Mengal', 'Bugti' und dem 'Marri' Stamm.

Diese Stammesfürsten sind sicher auch durch lange Perioden von Exil und Haft geprägt, sieht man einmal von 'Bugti' ab, der sich auch mit der 'Pakistan Peoples Party' zu arrangieren wußte. Ayub Khan ließ ihre Stammesgebiete 1962 aus der Luft bombardieren und Bhutto setzte in den siebziger Jahren die Armee des

Generals Tikka Khan gegen ihre Stämme ein, also jenen Militär, der sich kurz zuvor den Titel "Schlächter von Dhaka" verdient hatte. Heute regieren die gewählten Ali Akbar Bugti und Akhtar Mengal die Provinz mit dem Wohlwollen der Zentrale in Islamabad. Vater Attaullah Mengal gibt sich zurückgezogen, hält aber nach wie vor die Fäden der Partei in der Hand, die heute 'Balochistan National Party' (BNP) heißt und in den siebziger Jahren mit Wali Khans 'Pakhtunen'-Partei der Grenzprovinz verbündet war.

Auch im Sindh gibt es ein "nationalistisches" Lager mit dem Veteranen G.M. Seyed, der seit der frühen vierziger Jahren Politik machte und erst 1995 starb. Weil Seyed kein Grundherr war und neben der Sache Sindhs die Sache der Armen vertrat, hielt man ihn jahrzehntelang in Haft oder Hausarrest. Sindhi-Nationalist ist auch sein Feind Mumtaz Ali Bhutto, der sich nur manchmal mit Vetter Zulfikar verbündete und keinerlei Hemmungen hat, seinen grenzenlos erscheinenden Reichtum in der verarmten und unterentwickelten Provinz zur Schau zu stellen. Wie Mumtaz Bhutto halten es auch die 'Khuhro', die traditionellen Gegenspieler aller Bhutto, manchmal mit dem Sindh und manchmal mit Pakistan, und dasselbe gilt für die Beluchenführer der 'Jatoi' in dieser Provinz und die Familie des Jam Sadiq Ali aus dem Südosten, die alle ihren Reichtum und ihre extrem feudalen Privilegien für die Politik einsetzen.

In den siebziger Jahren, nachdem die erste Militärregierung die amtliche Macht der 'Mohajir' gebrochen hatte, bahnte sich im Sindh ein neuer Konflikt an, der mit den Jahren immer schwerwiegender wurde. Die "sons of the soil", die einheimischen Ethnien, setzten sich gegen die Flüchtlinge zur Wehr, die vor allem in Karachi aber auch in den anderen städtischen Zentren der Provinz nicht nur die Führungsschicht, sondern überhaupt die größte Gruppe stellten. Mit Zia-ul Haqs Unterstützung entstand dann zunächst 1978 eine studentische Vertretung in Karachi, die 1985 zum äußerst militanten 'Mohajir Qaumi Movement' (MQM) anwuchs (die Partei hat sich im September 1997 einen neuen Namen - bei gleichen Kürzeln MQM - gegeben, als sie der Gewalt abschwor). Der psychopathische Führer Altaf Hussain setzte sich 1992 nach London ab und steuert von dort aus telephonisch seine Bewegung. Die MQM verbreitete Terror und wurde seit 1992 mit staatlichen Terrormethoden bekämpft. Ihre unter einander zerstrittenen Führer gelten eher als Idealisten, die die Sache der städtischen Armen auch mit etlichen Sozialdiensten vertreten und den Kampf

gegen die einheimischen Honoratiorenparteien mit allen Mitteln betreiben. Heute haben sie sich aber mit der regierenden 'Muslim League' arrangiert.

Diese Partei des Premiers Nawaz Sharif, die mit seinem Bruder Shahbaz Sharif auch im Punjab den 'Chief Minister' stellt, hat nicht mehr viel mit Jinnahs anglisierter Honoratiorenvertretung zu tun, und das mag an den Auswirkungen der beiden Militärdiktaturen liegen. Ayub Khan investierte die in Ostpakistan verdienten Devisen in die gezielte Industrialisierung der Kernregionen im Westen. Weil die alte Politikergarde ausgeschaltet war, konnte sich nicht nur der Feldmarschall selbst an diesen neuen Projekten bereichern, sondern zahllose dynamische Unternehmer aus den unteren Kasten taten es ihm nach. Zia-ul Haq ermutigte sie ebenso, insbesondere die tüchtigen Sharif Brüder, die als arme Schmiede begonnen hatten, aber dann in der Metallbranche kometenhaft aufstiegen und ihrem Gönner treu blieben, bis sie selbst in die Rolle der Patrone wechseln konnten. Sie sind nicht die einzigen unter den volksnahen Politikern heute, die gar keine oder zumindest nicht die besten Schulen besucht und ihr Geld wie auch immer, aber doch zumindest selbst verdient haben.

Ihnen dürfte die Zukunft gehören, auch wenn sie jetzt noch Zeugen der vergangenen Epochen zu fördern haben. So ist Ayubs Sohn Gohar heute Außenminister der Republik und Zias Sohns Ejaz ul-Haq dient als 'Speaker' und in ähnlichen Positionen der 'Muslim League' und jenem Land, das jetzt die alten und die neuen Reichen zu versorgen hat.

(Prof. Dr. Georg Pfeffer ist Professor für Ethnologie an der Freien Universität Berlin. Sein Artikel beruht auf dem gleichnamigen Vortrag während des Tagesseminars "Sozio-ökonomische Entwicklungsprozesse in Pakistan" am 17. Oktober 1997 in Berlin. Siehe dazu auch den Beitrag im Pakistanteil dieser Ausgabe)